

Tätigkeitsbericht

Hauptversammlung

12. April 2006

Liebe Kolleginnen
Liebe Kollegen
Liebe Freunde

1. Personelles im PVL

Thomas Klaus

Aufgrund der Statuten wird anlässlich der Hauptversammlung jeweils ein Teil des Vorstandes neu besetzt. Dadurch sind jährlich Ersatz- bzw. Bestätigungswahlen

nötig. Anlässlich der Jahresversammlung 2005 im Hotel Schaanerhof, Schaan, wurde der Vorstand wie folgt bestellt:

Vorstand: Funktion	Name	Arbeitsstelle
Präsident:	Thomas Klaus	c/o Landespolizei
Vizepräsidentin:	Dr. Beatrix Jäger	c/o Finanzmarktaufsicht
Kassier:	Gebhard Marxer	c/o Gemeinde Mauren
Schriftführerin:	Cornelia Bühler	c/o Landespolizei
Beisitzer:	Markus Kindle *)	c/o Landespolizei
	Barbara Flad	c/o Amt für Wald, Natur & Lands.
	Arno Aberer	c/o Grundbuch und Öffentlichkeitsregisteramt

*) ersetzt durch Johannes Hasler, Landespolizei (Vorstandssitzung vom 15.02.06)

2. RUND UM DEN VERBAND

Thomas Klaus

Mit der Hauptversammlung vom 23. März 2005 im Seminarraum des Schulamtes, Vaduz, starteten wir ins neue Verbandsjahr. Nach den offiziellen Traktanden bestand die Möglichkeit zum freien Meinungsaustausch der Anwesenden. Verbandsmitglieder untereinander und mit dem Vorstand des PVL's.

Die Personalkommission, welche im Besoldungsgesetz verankert wurde und seit dem 6. April in Kraft ist, wurde im 2005 infolge Austritt von Manuela Jäger neu seitens des PVL mit Claudia Isser besetzt. Infolge eines Unfalles von Fritz Wohlwend hat sich Thomas Klaus dazu bereit erklärt, als Mitglied ad. int. in der Personalkommission mitzuwirken. In diesem Zusammenhang hat sich die Personalkommission erstmals mit einem Fall auseinandergesetzt und ihre Geschäftsordnung sowie Verfahrensstrategie erörtert und festgelegt. Die Mitglieder der Personalkommission wurden vom APO sowie von Gerold Schädler, welcher massgeblich an der Umsetzung des neuen Besoldungsgesetzes - Leistungsdialog - beteiligt war und ist, über die

Philosophie sowie über das System allgemein instruiert und in einem Workshop informiert. Leider stellen sich Fr. Corinna Vogt und Hr. Reinhard Müssner für eine Wiederwahl als Rechnungsrevisoren nicht mehr zur Verfügung. Wir danken Corinna und Reinhard für ihre geschätzten Revisions-Dienste für den PVL und wünschen ihnen weiterhin beruflich und persönlich viel Erfolg.

Neu bestellt als Rechnungsrevisoren für die Periode 2006 – 2008 sind Hr. Reinhold Zanghelin und Hr. Valentin Büchel. Wir sind davon überzeugt, dass diese Stellen wieder kompetent besetzt werden können und wir danken Reinhold und Valentin für die Bereitschaft, eine aktive Rolle im PVL zu übernehmen. Ein grosses Dankeschön auch an Claudia Isser für die Bereitschaft der Wiederwahl für die Periode 2006 – 2008 als Rechnungsrevisorin. Für das Verbandsgericht stellen sich ebenfalls alle Kandidaten für die Periode 2006 – 2008 zur Wiederwahl zur Verfügung. Ein grosses Dankeschön auch hier an Fr. Ursula Batliner (Präsidentin des Verbandsgericht) sowie den Besitzern Hr. Uwe Richter und Hr. Dr. Jürg Dinkelmann.

Der **Mitgliederbestand** wurde anlässlich der Jahresversammlung 2006 mit 326 Personen beziffert. Hinzugekommen sind insgesamt 15 Neumitglieder. Demgegenüber stehen 19 Austritte infolge Todesfall, Pension oder Austritt aus der Landesverwaltung bzw. Kündigung der Mitgliedschaft. Trotz Mahnung konnten wieder einige Beiträge nicht eingebracht werden. Der Vorstand hat diese Angestellten der Landesverwaltung bzw. Gemeinden aus der Mitgliederliste gestrichen, so dass der PVL per heute, 12. April 2006, einen Mitgliederbestand von 322 Personen ausweist. Der PVL sieht sich klar einer schwindenden Mitgliederzahl gegenüber. In diesem Bewusstsein bemüht sich der Vorstand sowohl um eine neue Rechtsstellung in der Landesverwaltung (siehe Personalrecht und nächster Absatz) als auch um eine intensivere Information seiner Mitglieder. Der PVL hofft, so wieder mehr Neueintritte und Anmeldungen verzeichnen zu können.

Im September 2005 hat sich der Präsident des PVL mit dem **Regierungschef Otmar Hasler** getroffen. Ziel dieses vom PVL organisierten Treffens war erneut die Abstimmung über die Zusammenarbeit zwischen

dem PVL und der Regierung, die Erwartungen der Regierung an den PVL abzuklären sowie um Unterstützung seitens der Regierung für die Arbeit der Mitglieder des PVL in Kommissionen und im Vorstand anzusuchen. Diese Situation wird zusammen mit der Schaffung des neuen Personalrechtes geklärt werden, da vorgesehen ist, dass die Angestellten das Mitspracherecht in Fragen der Ordnung des allgemeinen Dienstverhältnisses, über den Personalverband, durch die Personalkommission sowie persönlich wahrnehmen. Weiters wurde vom PVL eine Empfehlung an die Regierung ausgesprochen, die Teuerung an alle Landesangestellten auszurichten. Anlass hier für gab unter anderem, dass die Teuerung per Stichtag August 2006 bei knapp unter 1% lag (0.97%) und die Teuerung für 2004, welche im 2005 angepasst wurde um 0.3% gekürzt wurde. Insgesamt ergab sich somit eine nicht ausgerichtete Teuerung von 1.2% per Stichtag im August 2005. Unser Appell, die Teuerung an alle Arbeitnehmer der Liechtensteinischen Landesverwaltung und der Gemeinden auszugleichen wurde seitens der Regierung nicht unterstützt. Das Ziel des PVL war es, die Erhaltung der Kaufkraft

für unsere Arbeitnehmer in der Landesverwaltung zu erhalten und ein positives Signal zu setzen. Aus diesem Grund haben wir uns in einem Schreiben an alle Landtagsabgeordneten und an die Gemeinden gerichtet, unser Anliegen zu überprüfen und im hohen Landtag zu diskutieren. Das Resultat war, dass einige Gemeinden unserer Bitte nachgekommen sind und die Teuerung ausgerichtet haben. Leider ist es uns nicht gelungen, alle davon zu überzeugen, insbesondere nicht die Landesverwaltung. Wir hoffen, dass wir in der nächsten Frage, wenn es zum Beispiel um die Pensionskasse geht, die notwendige Unterstützung erhalten, welche nötig ist um unsere Anliegen in der Landesverwaltung durchzubringen.

Erfreulich ist, dass sich immer wieder Personen bereit erklären, beim Verband aktiv mitzuarbeiten. Verständlich ist aber auch, wenn bisherige Funktionäre ihr Amt zur Verfügung stellen. Unser **Vorstandsmitglied Markus Kindle**, bisher Beisitzer, findet aufgrund seiner beruflichen Weiterbildung kaum mehr Zeit zur Mitarbeit und stellt sich für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Wir danken Markus für seine Mitarbeit und wün-

schen ihm weiterhin viel Erfolg im Beruf wie auch in seinem persönlichen Umfeld.

3. Personalrecht „Arbeitsgruppe zur Schaffung eines neuen Personalrechts“

Lic. jur. Ursula Batliner

Die Arbeitsgruppe (Norbert Hemmerle, Vorsitz, Ursula Batliner, Dr. Hubert Büchel, Dr. Martin Frick, Thomas Kind und Peter Mella) traf sich im vergangenen Jahr zu 12 Sitzungen. Im September 2005 hat sich Ursula Batliner, welche als Vertreterin des PVL in der Arbeitsgruppe zur Schaffung eines neuen Personalrechts mitwirkt mit dem Präsidenten des PVL getroffen. Ziel dieses Treffens war es, über diverse wichtige Punkte im Vernehmlassungsentwurf zum Personalrecht zu diskutieren. Eine zentrale Rolle war dabei unter anderem die Wahrung der Arbeitsplatzsicherheit, der Schutz vor Willkür sowie das Mitspracherecht. Der Vernehmlassungsentwurf über das neue Personalrecht wird baldmöglichst der Regierung vorgelegt. Wir können also davon ausgehen, dass der Vernehmlassungsentwurf mit grösster Wahrscheinlichkeit noch im Frühjahr 2006 an die interes-

sierten Parteien versendet wird.

4. Parkraumbewirtschaftung

Markus Kindle

SCHLUSSBERICHT DER ARBEITSGRUPPE PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG IN DER LLV

Das private Auto ist in Liechtenstein nach wie vor das weitaus am häufigsten gewählte Verkehrsmittel für den Arbeitsweg. Dies gilt auch für die Mitarbeiter der Landesverwaltung. Damit verbunden ist eine Reihe von Auswirkungen, welche die Mobilität, die Lebensqualität und die wirtschaftliche Attraktivität Liechtensteins negativ beeinflussen können. Ein betriebliches Mobilitätsmanagement kann dagegen ansteuern und leistet einen aktiven Beitrag an eine nachhaltige Verkehrspolitik. Ein erfolgreiches Mobilitätsmanagement besteht aus einer sinnvollen Kombination von Lenkungs- und Fördermassnahmen. Durch die Fördermassnahmen werden jene Mitarbeiter, welche keinen Parkplatz beanspruchen, etwas bevorzugt behandelt und die Benützung alternativer Verkehrsmittel für den Arbeits-

weg wird gefördert. Indem die Erlöse direkt oder indirekt wieder an die Mitarbeiter ausbezahlt werden, werden die Besitzstände im gesamten gesehen gewahrt und sogar ausgebaut, in dem die Landesverwaltung verschiedene Investitionen tätigt und mit baulichen Massnahmen die Verwendung alternativer Verkehrsmittel für den Arbeitsweg lohnenswerter macht.

Eine Besonderheit der Landesverwaltung ist die dezentrale Lage der Gebäude und die damit verbundenen unterschiedlichen Voraussetzungen in Bezug auf die Einführung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements. Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen, schlägt die Arbeitsgruppe eine stufenweise Einführung des betrieblichen Mobilitätsmanagements vor, wobei Regierung und Landtag eine Vorreiterrolle mit Signalwirkung zukommt. Es wird empfohlen, das betriebliche Mobilitätsmanagement in der Landesverwaltung zusammen mit der Eröffnung der Tiefgarage vor dem Regierungs-, bzw. dem Landtagsgebäude einzuführen, und anschliessend nach und nach andere Amtsstellen und Gebäude zu integrieren.

Mobilitätsmanagement für die Landesverwaltung (Zeitungartikel vom 7. Dezember 2005)

Die liechtensteinische Regierung hat beschlossen, für die Landesverwaltung das betriebliche Mobilitätsmanagement einzuführen. Das betriebliche Mobilitätsmanagement für die Landesverwaltung soll aus Lenkungs- und aus Fördermassnahmen bestehen.

Als Lenkungsmassnahme soll sowohl für die Benutzung von Kunden- wie auch von Mitarbeiterparkplätzen eine Gebühr erhoben werden. Die damit erzielten Einnahmen werden zweckgebunden eingesetzt, indem damit die Benutzung alternativer Verkehrsmittel für den Arbeitsweg mit gezielten Massnahmen gefördert wird. Zudem werden Verbesserungen in der Infrastruktur vorgenommen. Dadurch können viele Mitarbeiter der Landesverwaltung direkt oder indirekt vom Mobilitätsmanagement profitieren.

Die Regierung ist überzeugt, dass mit dem betrieblichen Mobilitätsmanagement ein aktiver Beitrag an eine nachhaltige Verkehrspolitik geleistet werden kann. Sie hat deshalb eine Arbeitsgruppe mit

der Ausarbeitung eines Konzepts zur Einführung des betrieblichen Mobilitätsmanagements in der Landesverwaltung beauftragt, deren Schlussbericht sie zur Kenntnis genommen hat.

Weiteres Vorgehen:

Bestellung und Zusammensetzung einer Kommission „Betriebliches Mobilitätsmanagement LLV“, welche sich mit der Umsetzung des betrieblichen Mobilitätsmanagements befasst und dessen Einführung in der Landesverwaltung koordiniert.

5. Tätigkeitsbericht „Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung“

Barbara Ospelt-Geiger

Die Arbeitsgruppe (Bernadette Kubik-Risch, Vorsitz, Ludwig Frommelt, Letizia Meier, Barbara Ospelt-Geiger (für den PVL), Michael Pattyn und Sabine Tömördy) traf sich im vergangenen Jahr zu acht Sitzungen.

Im Berichtsjahr 2005/2006 konnte das Gleichstellungs-Controlling mit dem Amt für Berufsbildung als Pilotamt durchgeführt werden. Bernadette Kubik-Risch und Christina

Wohlwend haben dieses Controlling durchgeführt und ausgewertet.

Im Frühjahr 2005 setzte sich die Arbeitsgruppe mit den Belangen der Kindertagesstätte der Landesverwaltung auseinander. Dazu konnte Christina Wohlwend als Koordinationsperson im APO zu einer Sitzung eingeladen werden. Im September 2005 besuchte die Arbeitsgruppe die KiTa der Landesverwaltung. Es wird eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit der Neuausrichtung der KiTa bzw. der Haussuche auseinander setzen wird.

Die Zusammenarbeit mit anderen Gremien, die mit dem Thema Gleichstellung zu tun haben, war einer der Schwerpunkte in diesem Jahr. Dabei setzte sich die Arbeitsgruppe zunächst mit den eigenen Strategien, Aufgaben und Zielen auseinander.

Im Austausch mit anderen Gremien ging es darum, Formen der Zusammenarbeit und Ansprechpersonen zu finden. Im Austausch mit dem APO wurden Abläufe und Koordinationsmassnahmen besprochen. Dies mit dem Ziel, eine Ansprechperson für Gleichstellungsfragen im APO zu bestimmen. Thomas Kind ist seit Ende 2005 Ansprechpartner im APO für die strategi-

schen Ziele und Christina Wohlwend für deren operative Umsetzung. Auch mit dem Lenkungsausschuss Gender Mainstreaming und dem Personalverband der Landesverwaltung wurden in Gesprächen Synergien gesucht.

Die Sensibilisierung durch Öffentlichkeitsarbeit stand weiters im Zentrum der Tätigkeiten. Im Frühjahr erschien ein Bericht zu den Tätigkeiten der Arbeitsgruppe, welcher in einem Informationskasten auch aufzeigte, wie es um die Verteilung der Teilzeitstellen und Kaderstellen bei Frauen und Männer in der Landesverwaltung steht.

Ende 2005 stand im Zeichen einer Plakataktion, die für Themen der Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf sensibilisieren und zum Austausch in den Ämtern anregen sollte. Begleitet wurde diese Plakataktion von einem Wettbewerb unter dem Titel „Gleichgestellt entspannt sich's leichter“, womit kreative und praktische Ideen zum Thema Gleichstellung aus einzelnen Ämtern mit einem kleinen Wellness-Preis ausgezeichnet wurden.

Gleichstellung ist kein abgeschlossenes Thema, sondern ein sich laufend entwickelnder Prozess. Frei nach dem Motto

eines Wettbewerbsteilnehmers: „Gleichstellung ist ein Tätigkeitswort“ wird die Arbeitsgruppe im nächsten Berichtsjahr wieder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf thematisieren, eine Untersuchung zur Lohnungleichheit anstreben und Weiterbildungsangebote dazu in der Landesverwaltung vorschlagen.

6. Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung

Andreas Batliner

Im Berichtsjahr 2005/2006 führten die Amtsstellen eine Selbstbewertung durch. Dafür wurde eigens für die Landesverwaltung ein Fragebogen erstellt. Ziel der Selbstbewertung war es, Verbesserungspotenziale aufzuzeigen. Zwei Verbesserungsvorschläge, welche die Amtsstellen in absehbarer Zeit umsetzen werden, waren dem Lenkungsausschuss bekannt zu geben. Die Vorschläge hatten folgende Angaben zu enthalten:

- Bezeichnung der Verbesserungsmassnahmen,
- Bezeichnung eines/einer Projektverantwortlichen,
- Definition der Zielsetzung der Verbesserungsmassnahmen,

- Bezeichnung des erwarteten Nutzens,
- Skizzierung eines groben Umsetzungsplanes sowie
- Bezeichnung der Kriterien, an denen die Umsetzung gemessen wird.

Der Lenkungsausschuss wird die eingereichten Verbesserungsvorschläge sichten und innovative und effiziente Verbesserungsmassnahmen mit einem Anerkennungspreis auszeichnen.

Im Jahre 2003 startete das Projekt „Deregulierung und Delegation“. Im Rahmen dieses Projektes hatte jede Amtsstelle die Möglichkeit, Vorschläge einzureichen, wie bestehende Aufträge effizienter erledigt oder sogar delegiert werden könnten. Die Vorschläge sollten im Rahmen der Zielvereinbarungsgespräche zwischen den Regierungsmitgliedern und den zuständigen AmtsstellenleiterInnen besprochen werden. Nachdem das Projekt nicht wie vorgesehen gestartet werden konnte, kam es im Wahljahr 2005 zu einer nochmaligen Verzögerung. Das Projekt wird voraussichtlich im Jahr 2006 weitergeführt.

TQM-Projekte für das Jahr 2006:

- Auswertung der im Jahre 2005 durchgeführten Selbstbewertung durch die Amtsstellen,
- Verleihung von Anerkennungspreisen für innovative und effiziente Verbesserungsmassnahmen der Amtsstellen,
- Entwicklung eines Konzeptes für Kundenbefragungen durch die Amtsstellen sowie
- Weiterführung des Projektes zur Deregulierung und Delegation von Amtsgeschäften.

7. Personalkommission Besoldungswesen

Thomas Klaus

Die im April 2004 von der Regierung eingesetzte Personalkommission hatte im Berichtsjahr den ersten Fall zu bearbeiten. Wie bereits erwähnt, hat sich der PVL-Präsident Thomas Klaus bereit erklärt, das Mandat von Fritz Wohlwend zu übernehmen. Mit RA 2005/1353 beauftragte die Regierung die Personalkommission, ein Schlichtungsverfahren betreffend die Zuordnung einer Stel-

le durchzuführen. Den Kommissionsmitgliedern wurden mittels Workshop die Grundlagen des Lohnsystems im Bereich Lohnsystem, Zuordnungskriterien der Stellen, Zuordnungsverfahren sowie die Grundsatz-Aspekte vermittelt. Die Kommission hat sich daraufhin ihre „Geschäftsordnung“ erarbeitet und sich danach intensiv mit dem ersten Fall auseinandergesetzt. Der Kommission wurden sämtliche relevanten Unterlagen zur Verfügung gestellt. Es wurden die entsprechenden Unterlagen gewürdigt und die betroffenen Personen wurden von der Kommission persönlich angehört. Dank der guten Zusammenarbeit aller involvierten Stellen, konnte eine wirksame Arbeitsweise geschaffen werden. Die Personalkommission hat ihre Empfehlung nach Art. 42 des Besoldungsgesetzes an die Regierung eingereicht.

Die Entscheidung der Regierung wurde am 29. März 2006 getroffen und den involvierten Stellen zur Kenntnis gebracht. Die Regierung stützte sich bei ihrer Entscheidung auf die Empfehlung der Personalkommission.

Persönlicher Dank des Präsidenten:

Für die Mitarbeit im abgelaufenen Verbandsjahr danke ich den Vorstandsmitgliedern sowie den Kolleginnen und Kollegen, welche sich für die Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen, als „stille“ Helfer zur Verfügung gestellt haben.

Thomas Klaus
(Präsident PVL)

Vaduz, 12. April 2006

PVL
miteinander & füreinander